

Antragsteller: Bundesvorstand der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Stärkung und Ausbau des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland

Der 38. CDU-Parteitag möge beschließen:

1 Die Bundesregierung wird aufgefordert sich unverzüglich und nachdrücklich für die Stärkung
2 und Ausbau des Zivil- und Bevölkerungsschutzes in Deutschland einzusetzen.

3

4 **Begründung:**

5 Deutschland weist im Bereich des Zivil- und Bevölkerungsschutzes gravierende Defizite auf.
6 Während milliardenschwere Investitionen in die militärische Verteidigung vorgenommen
7 werden, bleibt der Schutz der Zivilbevölkerung im Krisenfall weitgehend unberücksichtigt.
8 Diese Vernachlässigung gefährdet nicht nur das Leben und die Gesundheit der Menschen in
9 Deutschland – insbesondere der verletzlichen Gruppen wie Senioren, Kinder oder Kranke –
10 sondern auch die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens in einer möglichen Notlage.

11

12 Die Realität ist ernüchternd: Es fehlt an Schutzräumen für die Bevölkerung, notwendige
13 Vorräte an Lebensmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln sind nicht vorhanden. Die
14 Kapazitäten im Gesundheitswesen sind bereits im Normalbetrieb überlastet – von der
15 Krisenbewältigung ganz zu schweigen.

16

17 Die Liste lässt sich noch ergänzen: Es existieren kaum betriebsbereite Notunterkünfte, die
18 Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen sind chronisch unterfinanziert und die
19 freiwilligen Dienste werden weder ausreichend gewürdigt noch ausreichend gefördert.

20

21 Diese Situation ist nicht akzeptabel, zumal wir uns in einem sicherheitspolitisch instabilen
22 Umfeld befinden. Spätestens mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist klar, dass auch
23 Deutschland sich wieder auf konventionelle Bedrohungsszenarien einstellen muss –
24 militärisch *und* zivil.

25

26 Die sogenannte "Zeitenwende" darf nicht auf die Bundeswehr beschränkt bleiben. Der
27 Bevölkerungsschutz muss integraler Bestandteil jeder Sicherheitsarchitektur sein.

28

29 Zivilschutz ist nach Auffassung der Senioren-Union keine Nebensache. Er ist ein Ausdruck der
30 Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgern – insbesondere gegenüber den
besonders Schutzbedürftigen.

31

32 Die Senioren-Union sieht es als staatliche Pflicht, die Bevölkerung in Krisenlagen wirksam zu
33 schützen.

34

35 Die Zeit zu handeln ist *jetzt* – nicht erst, wenn es zu spät ist.